

Disposition Präs. Mödlhammer  
50. Österreichischer Gemeindetag  
Wiener Neustadt, 19. September 2003

Herzlich willkommen zum 50. Österreichischen Gemeindetag! Zu einem Jubiläums-Gemeindetag in einer ganz besonderen Stadt, die sich in ihrer langen und bewegten Geschichte den ehrenvollen Beinamen „die allzeit Getreue“ erarbeitet hat. Wiener Neustadt spiegelt auch in besonderer Weise die Höhen und Tiefen wider, die viele österreichische Gemeinden durchlebt haben. Vor genau 57 Jahren, im September 1946, hielt Bundespräsident Dr. Karl Renner seine Festrede zum 750 Jahr-Jubiläum der Stadt inmitten eines Ruinenfeldes – Wiener Neustadt war nach dem Weltkrieg weltweit eine der am schwersten zerstörten Städte. Die „Allzeit Getreue“ steht beispielhaft für den Wiederaufbauwillen der Gemeinden, aber auch für Flexibilität und den Mut zum Wandel. Denn dieser traditionsreiche Wirtschaftsstandort hat in exzellenter Weise den tiefgreifenden und schwierigen Strukturwandel von einem Zentrum der „Schornstein-Industrie“ zum Handels- und Dienstleistungszentrum, zur Bildungs- und Forschungsstätte geschafft.

Wir sind stolz, unseren 50. Österreichischen Gemeindetag in dieser Stadt abhalten zu können!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist schon zu einer guten Tradition geworden, dass wir am Beginn eines Gemeindetages unserer Toten gedenken. Auch in den vergangenen Monaten mussten wir wie wieder manchen menschlichen Verlust beklagen, treue Freunde und Mitstreiter wurden aus unserer Mitte gerissen. Ich ersuche Sie, sich für ein kurzes Gedenken an alle jene Bürgermeister, Funktionäre, Gemeindemandatare, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit dem letzten Gemeindetag aus unserer Mitte gerissen wurden, von Ihren Plätzen zu erheben.

Ich danke Ihnen für dieses würdige Gedenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gemeindetage sind immer eine Gelegenheit, Rückschau zu halten und Bilanz zu ziehen, gleichzeitig aber nach vorne zu schauen und neue Ziele abzustecken. Diese doppelte Blickrichtung ist diesmal, so finde ich, besonders ausgeprägt. Auf der einen Seite wirft ein Jubiläums-Gemeindetag in eine Jubiläums-Jahr, in dem wir uns an die Verankerung der kommunalen Interessenvertretungen in der Bundesverfassung vor eineinhalb Jahrzehnten erinnern – natürlich ein Schlaglicht auf den bisher zurückgelegten Weg. Und auf der anderen Seite steht diese Heerschau der Gemeinden im Zeichen eines der größten Zukunftsthemen: In nicht einmal 250 Tagen wird die EU-Erweiterung Wirklichkeit sein! Es ist ein historischer Schritt, der auch für die Gemeinden und ganz besonders für die Gemeinden des Gastgeberlandes Niederösterreich eine gewaltige Herausforderung darstellt. Eine Herausforderung, für die wir uns allerdings gut gerüstet fühlen. Denn Österreichs Gemeinden und ihre Interessenvertretung haben den Europa-Gedanken immer hoch gehalten. Sie sind bereit, ihren Beitrag zu leisten, damit die Erweiterung zu einem Erfolg für alle Beteiligten wird. Aber, auch das muß gesagt werden, sie brauchen dafür auf europäischer und auf nationaler Ebene auch die entsprechenden materiellen und immateriellen Rahmenbedingungen. In diesem Sinn ist das Motto des 50. Österreichischen Gemeindetags zu verstehen: „Frieden – Freiheit – Bürgernähe. Für ein Europa der Gemeinden“!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir werten es auch als Anerkennung der Arbeit, die in den Gemeinden für die Bürger geleistet wird, dass wir bei der größten kommunalpolitischen

Veranstaltung Österreichs Jahr für Jahr hohe und höchste Ehrengäste begrüßen können. Wobei das Jubiläum und das europäische Thema sicher ihren Teil dazu beigetragen haben, dass diese Liste heuer besonders lang und hochkarätig ist.

Ich begrüße ganz besonders herzlich unser Staatsoberhaupt Bundespräsident Dr. Thomas Klestil. Er ist ein langjähriger „Stammgast“ der Österreichischen Gemeindetage und unterstreicht mit seinem Kommen immer wieder seine tiefe Verbundenheit mit den österreichischen Gemeinden und den Verantwortungsträgern in der Kommunen. Ich darf ihn somit in der „Allzeit Getreuen“ als einen „Allzeit Getreuen“ begrüßen – herzlich willkommen, Herr Bundespräsident!

Ein ebenso herzlicher Gruß gilt Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, der uns – wie schon im Vorjahr in Innsbruck – auch heuer in Wiener Neustadt die Ehre gibt. Wir freuen uns, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, über Deine Teilnahme und auf Deine Ausführungen zum Thema „Vom Grenzland zum Kernland, Österreich – das Herz Europas“. Ich darf Dich aber auch gleich vorwarnen, dass wir auch einige Wünsche und Forderungen an Dich richten werden. Aber das bist Du ja gewöhnt und wir wären eine schlechte Interessenvertretung, wären wir in einer Zeit, in der in Österreich und Europa entscheidende Weichenstellungen vorbereitet werden, wunschlos zufrieden.

Ein herzliches Grüß Gott auch unserer verehrten Frau Außenminister Dr. Benita Ferrero-Waldner – eine Wahl-Niederösterreicherin und engagierte Europäerin. Das hat sie besonders auch in jenen Wochen und Monaten bewiesen, in denen der Umgang der übrigen EU-Mitglieder mit Österreich ein nicht gerade erfreulicher war. Mit Charme, Beharrlichkeit und Überzeugungskraft vertritt sie das kleine Österreich im großen Europa und in der weiten Welt. Ich freue mich,

Sie, sehr verehrte Frau Minister, erstmals bei einem Österreichischen Gemeindetag begrüßen zu können.

Europa, das ist auch das Feld eines hohen Ehrengastes aus Bayern. Reinhold Bocklet, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei und 1. Vizepräsident des Ausschusses der Regionen in der EU, ist nicht nur ein Vordenker, sondern auch ein Praktiker in Sachen Europas und wir dürfen gespannt auf seine heutige Rede sein.

Mit Minister Bocklet begrüße ich alle unsere ausländischen Gäste, ganz besonders auch die Kommunalvertreter aus den Beitrittsstaaten Slowakei, Slowenien, Ungarn und Tschechien. Sie haben uns gestern bereits Typisches aus Kultur, Küche und Keller präsentiert, sozusagen einen anregenden Vorgeschmack auf das künftige grössere Europa.

Wichtige Partner der Gemeinden sind die Länder, auch wenn es hier und da manchmal Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze gibt. Ein herzliches Grüß Gott dem Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Erwin Pröll. Er hat ja – ebenso wie sein burgenländischer Amtskollege – das zweifelhafte Vorrecht, nicht nur mit einem, sondern mit zwei Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes verhandeln zu können. Aber das ist kein Problem, weil Erwin Pröll ein echter Freund der Gemeinden ist. Nun ist „Freund“ ein Begriff, der in der Politik manchmal leichtfertig und vorschnell gebraucht wird. Aber nicht in diesem Fall! Ein echter Freund, das ist einer, auf den man sich nicht nur bei Schönwetter verlassen kann. Erwin Pröll kommt nicht nur zum Feiern und zu Eröffnungen in die niederösterreichischen Gemeinden, sondern vor allem auch dann, wenn Not am Mann ist. Wie er im Vorjahr bei der schrecklichen Hochwasserkatastrophe Tag und Nacht

unterwegs war, um den Menschen Trost zu spenden, Mut zuzusprechen und Hoffnung zu machen, das bleibt in den betroffenen Gemeinden unvergessen.

Ein Nachbar und Freund des niederösterreichischen Landeshauptmannes über Parteigrenzen hinweg ist der Bürgermeister der Stadt Wien. Herzlich willkommen, Dr. Michael Häupl! Wir freuen uns von ganzem Herzen, dass erstmals seit 1997 der Präsident des Österreichischen Städtebundes wieder persönlich an einem Gemeindetag teilnimmt. Ohne das gute Zusammenwirken der beiden kommunalen Interessenvertretungen wären die großen Erfolge der Vergangenheit nicht möglich gewesen. Und ich bin überzeugt, dass dieses Band auch in Zukunft halten wird. Der Schulterschuß ist ein Gebot der Stunde, im Österreich-Konvent ebenso wie bei den Finanzausgleichsverhandlungen, um nur zwei der großen Herausforderungen zu nennen, die wir gemeinsam bewältigen müssen.

Herzlich begrüße ich in der „Arena Nova“ die „Hausherrin“, Wiener Neustadts Bürgermeisterin Traude Dierdorf. Ich habe einleitend schon die Bedeutung und die Leistungskraft dieser ganz besonderen Stadt unterstrichen. Und möchte nur mehr hinzufügen: In der „Allzeit Getreuen“ finden wir wieder einmal den Beweis, dass wir noch viel mehr Bürgermeisterinnen brauchen könnten.

Last not least ein herzliches Grüß Gott und ein Dankeschön unseren Gastgebern, den beiden niederösterreichischen Gemeindevertreterverbänden und ihren Präsidenten Bürgermeister Mag. Alfred Riedl und Bürgermeister Bernd Vögerle. Der Verband NÖ Gemeindevertreter der ÖVP und der Verband sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Niederösterreich verstehen sich offenbar hervorragend auf die hohe Kunst der Gastfreundschaft und sind ausgesprochen versiert im Umgang mit Jubiläen. Das haben wir 1996 erleben dürfen, als der Gemeindetag in St.Pölten und in der Ostarrichi-Gemeinde Neuhofen a..d.Ybbs

im Zeichen des 1000jährigen Österreich stand, und das erleben wir in diesen Tagen wieder beim 50. Österreichischen Gemeindetag. Hinter einer solchen Großveranstaltung steckt ungeheuer viel Arbeit und Engagement – dafür ein Dankeschön!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

50 Österreichische Gemeindetage in 55 Jahren – das ist auch ein bemerkenswertes Stück österreichischer Zeitgeschichte. Und es ist in diesem Zusammenhang sicher lehrreich, sich kurz vor Augen zu halten, unter welchen Umständen Anfang Oktober 1948 in Salzburg der erste dieser Gemeindetage über die Bühne ging. In einem vierfach besetzten Land, in dem vielfach noch Mangel und Not herrschten. Wer kann sich denn heute noch vorstellen, dass eine der wichtigsten organisatorischen Aufgaben beim ersten Gemeindetag die Ausgabe der Quartierscheine, der Lebensmittelmarken für zwei Tage und der Bezugsscheine für Tabakwaren war. Und dass es eine Demarkationslinie zwischen der sowjetischen und den westlichen Besatzungszonen gab, die schwieriger zu überwinden war als heute die Schengengrenze. Kein Österreicher konnte sie ohne eine sogenannte Identitätskarte überschreiten und niemand hat sie ohne ein Gefühl der Angst und der Beklemmung überschritten.

Es war nicht hohler Pathos, sondern ein glühendes und höchst notwendiges Bekenntnis zu Österreich und zur Einheit Österreichs, als der Salzburger Bürgermeister Neumayr in seiner Begrüßungsrede erklärte: „Wir erfassen voll und ganz die Schwierigkeiten jener Gemeinden und ihrer Bürgermeister, die in einem anderen Besatzungsgebiet tätig sind. Den verschiedenen Freunden in Niederösterreich und zum Teil auch in Oberösterreich ist die Freizügigkeit und die freie Meinungsäußerung oft genommen. Wir begreifen, dass sie in einer besonders schwierigen Notlage sind, aber das eine können wir ihnen sagen: Wir

wollen ihre Freunde sein, wir wollen ihnen jederzeit treu zur Seite stehen in ihrem Kampf. Wir wollen sie dadurch unterstützen, dass wir unserem Staat die ganz besondere Treue zusagen und erklären: Lieber mit Euch sterben als Euch verraten!“

Immerhin: Der erst ein Jahr zuvor gegründete Gemeindebund konnte in Salzburg auch schon erste Erfolge vermelden. Der Aufbau der Landesverbände ging zügig voran. Und es war auch schon gelungen, im Bereich der Gesetzgebung die Anliegen der Kommunen in einzelnen Fällen wirksam zu vertreten. Beispiele waren das Gewerbesteueränderungsgesetz und das Wohnbauförderungsgesetz.

Es war ein Anfang. Ein Anfang auf einem langen und mühseligen Weg, auf dem Erfolge erreicht und oft auch erkämpft wurden, von denen 1948 die Delegierten in Salzburg nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Die Gemeindegesetznovelle 1962, die Verankerung der kommunalen Interessenvertretungen in der Bundesverfassung 1988, die Einbeziehung der Gemeinden in EU-Beitrittsverhandlungen und die Unterzeichnung des Vertrages über den Konsultationsmechanismus im Dezember 1996 – das waren Meilensteine auf diesem Weg.

Sie haben dazu geführt, dass Österreichs Gemeinden heute innerhalb des Staatsgefüges rechtlich und faktisch eine Stellung einnehmen, die europaweit einzigartig ist. Darauf sind wir stolz, dafür sind wir unseren Partnern im Bund und in den Ländern dankbar. Aber ich sage auch ohne falsche Bescheidenheit; Von dieser ganz besonderen Stellung profitierten und profitieren nicht nur die Gemeinden. Sondern auch die Bundesländer und die Republik! Weil sich die Kommunalpolitiker immer der Verantwortung bewusst waren, die mit dieser besonderen Position verbunden ist. Der Verantwortung gegenüber dem

Staatsganzen und gegenüber den Bürgern! Der Beitrag der Gemeinden an der Aufwärtsentwicklung Österreichs

- von einem besetzten Land zu einem freien und unabhängigen Staat, der Selbstbewusst an einem grösseren Haus Europa mitbaut
- von einem Trümmerfeld zu einem prosperierenden Gemeinwesen
- und von einem Land am Rand der freien Welt zu einem Brückenbauer im Herzen des Kontinentes,  
war ein großer und bedeutender.

Diesen Beitrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen wir auch im und für das grössere Europa leisten! Dass wir dazu bereit und in der Lage sind, das haben wir in der Vergangenheit bewiesen. Österreichs Gemeinden und ihre Interessenvertretung waren bereits Anfang der 50er-Jahre Vorreiter der Europa-Idee. Sie haben schon zu einer Zeit, in der Österreichs Souveränität noch stark eingeschränkt war, konkrete Initiativen über die Grenzen hinweg gesetzt.

So trat der Österreichische Gemeindebund schon 1952 dem Rat der Gemeinden Europas bei, dem heutigen Rat der Gemeinden und Regionen Europas. Er gehört zu dessen ältesten Mitgliedern und – wichtiger noch: „Die Gemeinden Österreichs sind unter den dynamischsten des RGRE.“ Das sage nicht ich – es würde vielleicht auch überheblich klingen - sondern das hat der Generalsekretär des Rates, Jeremy Smith, festgestellt. Selbstverständlich war der Gemeindebund auch bei allen Europäischen Gemeindetagen stark und aktiv vertreten – von Paris-Versailles vor 50 Jahren bis zu Posen im heurigen Mai. Es ist somit nur logisch, dass wir mit Prof. Walter Zimper auch einen der gewählten Vizepräsidenten des RGRE stellen.

Fest verankert und sehr engagiert tätig sind wir natürlich auch im Kongress der gemeinden und Regionen Europas und im Ausschuss der Regionen der EU. Es



ist eben kein Zufall, dass es immer besonders herausragende engagierte Funktionäre waren und sind, die sich im Gemeindebund dem Thema Europa gewidmet haben und widmen. In den Anfangsjahren wurde DDr. Alois Lugger zum „Mister Europa“ des Gemeindebundes, in den letzten Jahren hat Präsident Günther Pumberger diese Rolle exzellent ausgefüllt und nunmehr ist es Vizepräsident Prof. Walter Zimper, der in vorderster Linie Österreichs Gemeinden auf dem europäischen Parkett vertritt. Ihnen allen ein Dankeschön für ihren Einsatz!

Entscheidend aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, dass diese europäischen Zielsetzungen auch von aufgeschlossenen, weltoffenen Gemeinden mit getragen werden. In den Staatskanzleien und in den diversen europäischen Institutionen, Gremien und Konferenzen können Brücken gebaut werden. Aber sinnvoll werden diese Brücken erst, wenn sie auch von den Menschen begangen werden. Und das entscheidet sich letztlich dort, wo die Europäer wohnen, leben, feiern und arbeiten, wo sie ihre „Heimat“ haben – in den Gemeinden! Sie haben es weitgehend in der Hand, ob die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen durch die Begegnungen von Mensch zu Mensch Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit gewinnen.

Österreichs Gemeinden haben sich dieser Aufgabe nie entzogen. Sie haben schon vor Jahrzehnten begeistert die Empfehlung des Rates der Gemeinden aufgenommen, durch die Verschwisterung von Kommunen die Menschen einander näher zu bringen. Soweit sich das heute feststellen lässt, war 1955 Bad Schallabach die erste Österreichische Gemeinde, die eine solche Partnerschaft geschlossen hat, nämlich mit dem belgischen Küstenort Koksijde. Diese Verbindung ist nach wie vor lebendig, die Kontakte werden weiter gepflegt. Ich finde, dafür haben sich die Bad Schallabacher einen Sonderapplaus verdient.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges, mit der Demokratisierung in den ehemals kommunistischen Staaten und mit der bevorstehenden EU-Erweiterung haben diese Bemühungen eine neue Dimension erhalten. Und wieder waren Österreichs Kommunen und der Gemeindebund Vordenker und Vorreiter! Es sei daran erinnert, dass Präsident Ferdinand Reiter schon 1975 beim Europäischen Gemeindetag mit einer Vision und einem Appell aufhorchen ließ. Mitten im Kalten Krieg, nur 60 Kilometer von den Stacheldrahtzäunen im Osten und Norden entfernt, hat er erklärt: „Eine Einbeziehung der osteuropäischen Staaten in das europäische Einigungswerk ist zur Zeit nicht möglich. Aber ebenso wie im Westen sich die Gegensätze zuerst über die Gemeinden ausgleichen ließen, können auch im Osten die Gemeinden – durch die verschiedensten, auf Gemeindeebene möglichen Beziehungen – Brücken zu den osteuropäischen Städten und Gemeinden bauen und dadurch helfen, die Voraussetzungen für eine Verständigung und Aussöhnung aller europäischen Völker schaffen.“

1975 mag das vielen als allzu kühner Traum erschienen sein. Heute ist es längst Selbstverständlichkeit. Es gibt nicht nur rege Kontakte, sondern bereits eine Fülle von konkreten lokalen und regionalen Projekten über Grenzen hinweg. Davon konnten und können sie auch bei der Präsentation beispielhafter Erweiterungsaktivitäten österreichischer Gemeinden im Rahmen dieses Gemeindetages überzeugen.

Auch seitens des Gemeindebundes haben wir Partner gesucht und gefunden, wobei wir schon einen Schritt weiter gegangen sind und auch Kontakte zu Gemeinden und Gemeindeverbänden in Staaten der zweiten Beitrittswelle geknüpft haben.

Ein besonders ehrgeiziges Projekt ist die Schaffung eines länderübergreifenden Interkommunalen Netzwerkes. Ziel ist ein „Pool“, der einen raschen und

direkten Zugriff auf relevante Informationen, Erfahrungen, Strukturen und potenzielle Kooperationspartner sowie Experten ermöglicht. Wir sind überzeugt, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und Gemeindebünden gerade in einer Zeit der allgemeinen Globalisierungstendenzen ein Gebot der Stunde ist. Dazu bedarf es aber einer Netzwerkstruktur, die auch den kleinen Gemeinden im ländlichen Raum Türen öffnet und Wege ebnet.

Für dieses Projekt, das in den Beitrittsländern größtes Interesse gefunden hat, wurden auch schon wesentliche Vorarbeiten geleistet. Aber das geht natürlich auch ins Geld und ich darf Dich, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, und Sie, geschätzte Frau Außenminister, aufrichtig bitten, dieses Vorhaben so tatkräftig wie möglich zu unterstützen. Auch ideell in Richtung Brüssel, wo im Herbst die Entscheidung über eine EU-Förderung fallen soll.

Wir stellen diese Forderung guten Gewissens. Weil wir überzeugt sind, dass gerade solche Projekte wertvolle Bausteine für den Ausbau des „Hauses Europa“ sind.

Das grössere Europa wird nur dann ein Erfolg sein, wenn es von den Bürgern nicht nur als Vernunftlösung akzeptiert, sondern als Herzensanliegen mit getragen wird! Das aber wird nur dann der Fall sein, wenn die Gemeinschaft der 25 bürgernäher ist als das Europa der 15. Wenn es als ein Europa der Regionen und der Gemeinden den Menschen nicht Heimat nimmt, sondern Heimat gibt. Der vor rund 150 Jahren formulierte Grundsatz „Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde“ gilt auch heute und er gilt auch für Europa: Die Grundfeste eines starken Europa sind starke und selbstbewusste Gemeinden!

Wir sind daher froh, dass der EU-Konvent doch einige Akzente in Richtung auf eine stärkere Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips gesetzt hat. Wir müssen aber auch offen sagen: Trotz einer ausgezeichneten Zusammenarbeit mit Kommunalverbänden Deutschlands, Belgiens und der skandinavischen Staaten konnten wir manches, das uns am Herzen gelegen wäre, nicht durchsetzen. Wir hoffen, dass die entscheidende Regierungskonferenz noch einige Verbesserungen bringen wird. Und wir setzen, ehrlich gesagt, auch auf die neuen Mitglieder. Den gerade in den früher strikt zentralistischen Staaten des ehemaligen Ostblocks hat ein Umdenken und Umlenken in Richtung auf mehr Föderalismus eingesetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein besonderes, aber nur äußerst schwer durchsetzbares Anliegen wäre uns die Verankerung der kommunalen Kernkompetenz der Daseinsvorsorge im künftigen EU-Verfassungstext. Unser wichtigstes Lebensmittel, das Wasser darf nicht dem freien Spiel der Marktkräfte ausgesetzt werden!

Wir unterstützen voll und ganz die rot-weiß-rote Wassercharta des Lebensministeriums, in der es unmißverständlich heißt: „Wasser braucht Heimat. Wasser muss Kernkompetenz unserer Gemeinden bleiben: Eine starke Wasserwirtschaft in den Regionen ist die beste Sicherheit für die Zukunft“. Ein herzliches Dankeschön, Herr Bundeskanzler, für dieses klare Bekenntnis aus der Bundesregierung! Wir wissen aber auch, dass wir es mit mächtigen Gegenkräften zu tun haben, mit einer der gravierendsten Auswirkungen der Globalisierung. Das erfordert auch internationale Solidarität.

Multinationale Wasserkonzerne dringen immer weiter in einen Bereich ein, den sie vor allem als millionenschweren Markt sehen. Allein die beiden größten

kontrollieren heute bereits Wassergesellschaften in mehr als 130 Ländern auf allen fünf Kontinenten. Sie setzen dabei nicht zuletzt darauf, dass ihnen die chronische Finanznot der meisten Großstädte in die Hände arbeitet. Aber auch das Heer der Juristen, Lobbyisten und Public-Relations-Künstler in ihren Diensten kann nicht darüber hinweg täuschen: Für diese Konzerne ist das Wasser nur eine Ware wie viele andere auch, sie fühlen sich in erster Linie nicht den Konsumenten und der Umwelt verantwortlich, sondern ihren Aktionären. Und diesen geht es um maximalen Profit und eine sichere Geldanlage.

Die Kommunalpolitiker dagegen fühlen sich den Bürgern verpflichtet, unter deren Kontrolle sie tagtäglich stehen und deren Votum sie sich regelmäßig zu stellen haben. Jawohl, auch uns geht es um ein „Shareholder-Value“, aber es heißt zufriedene Bürger und die Sicherung des Trinkwassers auch für kommende Generationen.

Wir stellen uns dem Neuen nicht grundsätzlich in den Weg, wir sind offen für verschiedene Formen der „Public-Private-Partnership“. Aber die Letztverantwortung muß bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserentsorgung in den Händen der Kommunen bleiben!

Wir haben schließlich genug warnende Beispiele vor Augen, etwa in England und Frankreich. Immer wieder gehen nach Privatisierungen Tausende Arbeitsplätze verloren, es steigen die Konzerngewinne, die Managergehälter und vor allem die Kosten für die Verbraucher.

So hat etwa in Großbritannien Northumbria Water, die Tochtergesellschaft eines internationalen Konzerns, von 1989 bis 1995 den Wasserpreis um insgesamt 110 Prozent erhöht. Gleichzeitig stieg das Salär ihres Präsidenten um 150 Prozent, der Unternehmensgewinn schnellte sogar im 800 Prozent in die Höhe.

Keineswegs verbessert hat sich aber die Qualität. Northumbria ist einer von 5 privaten britischen Wasserunternehmen, die 1989 bis 1997 nicht weniger als 128-mal wegen Umweltverstößen gerügt wurden. Angefangen von Lecks bis zur illegalen Abwassereinleitung.

In ihrem Welt-Bestseller „Blaues Gold“ kommen die kanadischen Autoren und Umweltschützer Maude Barlow und Tony Clarke nach gründlichen Recherchen zu dem Fazit. „Die Privatisierung der sich allmählich erschöpfenden Wasservorkommen ist ein Fehler – aus ethischer genau so wie aus ökologischer und sozialer Sicht.“ Ich halte es für eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Interessenvertretungen, alles daran zu setzen, dass dieser Fehler bei uns nicht gemacht wird. Ein wesentlicher Schritt wäre die Verankerung der kommunalen Daseinsvorsorge in der österreichischen Finanzverfassung. Dafür werden wir auch in den Beratungen des Österreich-Konvents eintreten.

Und damit wäre ich eigentlich schon beim nächsten Kapitel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zentrales Thema dieses Jubiläums-Gemeindetages ist die EU-Erweiterung, ist die große Perspektive eines „Europa der Gemeinden“. Unbestreitbar ist aber auch: Um an der Verwirklichung dieses bürgernahen Europa mit zu arbeiten, wie es ihr fester Wille ist, brauchen die Gemeinden auch auf nationaler Ebene Rückenwind. Sie brauchen Gestaltungsfreiheit und vor allem auch die finanziellen Mittel, um gestalten zu können.

Wir sind mit sehr klaren Vorstellungen und Positionen in den Österreich-Konvent gegangen, in dem der Gemeindebund in 4 der 10 Arbeitskreise vertreten ist. Die Argumente, die wir vorbringen, sind auch wissenschaftlich

untermauert, nämlich durch eine Studie von Univ.Prof. Dr. Karl Weber von der Universität Innsbruck.

Entscheidender Punkt ist, dass am Beginn einer Staats- und Verwaltungsreform eine klare Kompetenzverteilung stehen muß. Die Aufgaben, die vom Bund, den Ländern und den Gemeinden zu besorgen sind, müssen nach klaren, übersichtlichen und transparenten Kriterien neu verteilt werden. Der zum Teil bis auf die Monarchie zurückgehende Kompetenzenwirrwarr mit seinen kostspieligen Überschneidungen und Doppelgeleisigkeiten ist gründlich auf zu räumen!

Dabei steht für uns bei aller Wertschätzung für die hervorragende Arbeit der Damen und Herren in den Bezirksverwaltungen fest: Nicht die Bezirkshauptmannschaft, sondern das Gemeindeamt ist die erste und wichtigste Anlaufstelle für die Bürger mit ihren Sorgen und Anliegen. Und dabei muß es auch bleiben, wenn das Schlagwort von der bürgernahen und effizienten Verwaltung ernst gemeint ist.

Wir sind sogar durchaus bereit, auch zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, wenn es sinnvoll ist. Das heißt, wenn die diese Aufgaben von den Gemeinden bürgernäher, kostengünstiger und effizienter erledigt werden können.

Dabei muß allerdings ein Grundsatz gelten: Keine Aufgabe kann losgelöst von den zu ihrer Erfüllung notwendigen Finanzmitteln gesehen werden. Zu oft haben wir es in der Vergangenheit erlebt, dass den Gemeinden neue Aufgaben zugewiesen wurden, nicht aber die erforderlichen Gelder. So kann es nicht mehr gehen. „Ohne Geld ka Musi!“ – dieser alte Spruch hat schon seine Richtigkeit.

Im Zusammenhang mit dem Konvent befürchte ich, dass wir wieder einmal gezwungen sein könnten, Angriffe auf das Prinzip der „Einheitsgemeinde“ abzuwehren. Also auf den Grundsatz, dass das österreichische Gemeinderecht einheitlich für alle Gemeinden – große und kleine, Städte, Märkte und Dorfgemeinden – gilt.

Unmißverständlich muss gesagt werden, dass eine Aufgabe dieses Prinzips die gesamte österreichische Gemeindestruktur schwerwiegend beeinträchtigen würde. Die erste Folge wäre wohl eine Welle von erzwungenen Gemeindezusammenlegungen. Und damit eine Schwächung des ohnehin mit schweren Problemen kämpfenden ländlichen Raumes, für den die Existenz kleiner „Vollgemeinden“ unerlässlich ist.

Allen Argumenten gegen die Einheitsgemeinde ist entgegen zu halten: Auch die kleinen und kleinsten Gemeinden leisten hervorragende Arbeit für ihre Bürger. Und dort, wo sie an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit stoßen, sind Kooperationen sicher eine bessere Lösung als erzwungene Fusionen. Die Möglichkeiten dafür gibt es und sie werden längst reichlich genutzt.

Unsere Forderung lautet daher, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, in die Bundesverfassung eine Bestandsgarantie für die bestehenden Gemeinden gegen zwangsweise Zusammenlegungen aufzunehmen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir können solche Forderungen auch deshalb stellen, weil wir hinlänglich bewiesen haben: Österreichs Gemeinden – die Städte ebenso wie die kleinen Landgemeinden – sind gute und verlässliche Partner! Sie haben beispielsweise



ihre Verpflichtungen aus dem Stabilitätspakt auch im Vorjahr wieder mehr als erfüllt.

Die Kommunen, besonders die kleinen und kleinsten Gemeinden haben eisern gespart. Aber jetzt ist es nicht mehr möglich, an dieser Schraube weiter zu drehen! Die kommunalen Investitionen sind bereits erschreckend zurück gegangen und dieser Ausfall ist sicher einer der Gründe für die Wachstumsschwäche der österreichischen Wirtschaft. Wenn wir, was wohl selbstverständlich ist, den Wirtschaftsstandort Österreich stärken wollen, dann müssen wir die Gemeinden in ihrer Funktion als größte öffentliche Investoren und Arbeitsplatzsicherer stärken!

Das ist auch unsere Marschrichtung bei den bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen. Unseren Partnern sei gesagt: Wir sind konsensbereit, aber wir sind auch nicht konfliktscheu! Ganz entscheidend, lieber Bürgermeister Michael Häupl, wird es sein, dass Städtebund und Gemeindebund geschlossen in diese Gespräche gehen, dass wir unsere Linie im Vorhinein abklären. Wir dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen, nur dann haben wir die Chance, das gemeinsame Ziel zu erreichen. Nämlich eine Erhöhung der allen Gemeinden zukommenden Finanzmasse.

Nicht ganz so einig sind wir uns naturgemäss bei der Verteilung der Mittel unter den Gemeinden. Es ist schon im Vorfeld zu einer Fehde der wissenschaftlichen Gutachter gekommen. Wir sind jedenfalls überzeugt von der Stichhaltigkeit der Studie von WIFO-Professor Wolfgang Lehner. Sie zeigt in aller Deutlichkeit, dass der abgestufte Bevölkerungsschlüssel längst nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten und Erfordernissen entspricht. Neben oder statt der Einwohnerzahl müssen auch andere Kriterien herangezogen werden. Denn die Grundannahme, wonach mit steigender Einwohnerzahl auch die Pro-Kopf-

Ausgaben überproportional steigen, stimmt nicht mehr. Wenn sie überhaupt jemals gestimmt hat. Denn die Ungerechtigkeit dieses Systems war schon beim ersten Gemeindetag vor 55 Jahren ein zentrales Thema.

Eine weitere Anhebung des Sockelbetrages ist nur unsere Mindestforderung. Denn wir brauchen eine gerechten, einen bedarfsorientierten Finanzausgleich, Wobei bedarfsorientiert im Sinn der Einheitsgemeinde bedeutet, dass auch die kleinste Gemeinde in der Lage sein muß, ihre Aufgaben zu erfüllen. Aufgaben, die sich gar nicht so sehr von jenen einer großen Stadt unterscheiden.

Unverändert, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unsere Einstellung zu einer Steuerreform. Selbstverständlich haben wir nichts gegen eine Entlastung der Wirtschaft und der Bürger, ganz im Gegenteil. Aber sie muß leistbar sein, das Geld dafür muß da sein. Eine Steuerreform auf Pump lehnen wir entschieden ab! Wer eine solche Reform aber unbedingt will, der muß auch wissen: Von den Gemeinden kann sie nicht mit getragen werden. Sie haben ihren Solidaritätsbeitrag schon bei der Budgetsanierung, bei der Steuerreform 2001, geleistet. Damals ist bekanntlich von 30 Milliarden Schilling Mehreinnahmen nicht ein Groschen in die Gemeindekassen geflossen.

Apropos Steuer. Immer öfter hört man von Überlegungen, sogenannte Bagatellsteuern abzuschaffen. Ich kann dazu nur sagen: Vorsicht! Denn was aus der Perspektive des Bundes als Bagatelle erscheint, das ist für die Gemeinden vielfach ein wesentlicher Teil der Einnahmen, auf den sie unter keinen Umständen ersatzlos verzichten können.

Schließlich sehen wir auch noch mit einiger Sorge dem Spruch des Europäischen Gerichtshofes im Getränkesteuerverfahren II am 2. Oktober entgegen. Auf dem Spiel stehen Rückforderungen in Höhe von 1,1 Millionen

Euro. Dazu ein klares Wort: Die Wirtschaft erspart sich durch den Wegfall der Getränkesteuer in den Jahren 2000 bis 2003 insgesamt 1,104 Milliarden Euro. Ich sage bewußt „erspart“, denn von einer Senkung der Getränkepreise haben wir leider nichts bemerkt. Dieser Betrag liegt bereits über der maximalen Rückforderungssumme, das heißt die Wirtschaft hat bereits mehr erhalten als sie gefordert hat.

Dazu kommt ein weiterer Aspekt. Die Abwicklung der 600.000 bis 800.000 noch offenen Rückzahlungsverfahren würde sowohl bei den Gemeinden wie auch bei den Gemeindeausführungsbehörden einen gewaltigen Personal- und Sachaufwand erfordern. Ohne zusätzliches Personal wäre er nicht zu bewältigen. Und das wäre in einer Zeit, in der von den Gemeinden und Ländern die Einsparung von 20.000 Dienstposten verlangt wird – was an sich schon eine unsinnige Forderung darstellt – wohl ein echter „Schildbürgerstreich“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir stehen in Österreich und in Europa vor großen Herausforderungen. Die Weichenstellungen, die jetzt vorzunehmen sind, werden auf Jahrzehnte die Stellung der Gemeinden und das Leben in den Gemeinden bestimmen. Wir sind bereit, uns diesen Herausforderungen zu stellen, aber wir werden dafür auch sehr viel Kraft, Mut und Geschlossenheit brauchen.

Der 50. Österreichische Gemeindetag macht Mut und gibt Kraft! Vor allem auch, weil er wie seine 49 Vorgänger eine eindrucksvolle Demonstration der Geschlossenheit ist. Diese Geschlossenheit über parteipolitische Grenzen und über die ganz natürlichen regionalen Interessengegensätze hinaus war immer schon die Stärke des Österreichischen Gemeindebundes. Und sie muß es auch in Zukunft sein, wollen wir Erfolg haben.

Und wir werden Erfolg haben. Dieser Optimismus und dieses Selbstbewußtsein gründen nicht zuletzt auf den in den letzten Jahrzehnten, unter den oft schwierigsten Bedingungen erreichten Fortschritten. Sie wurden möglich durch eine schlagkräftige und engagierte Interessenvertretung. Aber vor allem wurden sie ermöglicht durch die großartige Arbeit, die in den Gemeinden geleistet wurde und geleistet wird. Durch Ihre Arbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Ihre Arbeit, die – auch das muß gesagt werden – in der Öffentlichkeit nicht immer so gewürdigt wird, wie sie es verdienen würde. Es kommt eben offensichtlich gut an, wenn man scheinbare Privilegien, die in Wirklichkeit gar keine sind, an den Pranger stellt, während der tägliche Einsatz, der Idealismus und das Engagement als selbstverständlich angesehen werden.

Der Jubiläums-Gemeindetag ist daher auch eine gute Gelegenheit, allen Bürgermeistern, allen Gemeindemandataren und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeindeverwaltung ein herzliches Dankeschön zu sagen. Mit dem Dank verbinde ich die Bitte, sich auch in Zukunft mit all ihrer Kraft und all ihren Fähigkeiten einzubringen – zum Wohle ihrer Bürger und damit zum Wohle aller Österreicherinnen und Österreicher. Denn jeder Staatsbürger ist zunächst einmal Gemeindebürger.

Österreich braucht starke und selbstbewußte Gemeinden! Europa braucht starke und selbstbewußte Gemeinden! In einem Europa der Gemeinden braucht uns um Frieden, Freiheit und Bürgernähe nicht bange zu sein. Es ist ein Ziel, das jede Anstrengung auf nationaler und europäischer Ebene wert ist. Packen wir es an!